

**Cornelia Behm MdB**

Agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Cornelia Behm, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 BerlinDeutsch-Israelische Gesellschaft
Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam
Auguststraße 80, 10117 BerlinPlatz der Republik 1
11011 BerlinJens Dörschel, Winfried Schröder
Jakob-Kaiser-Haus Süd, Raum 2.766
☎ (030) 227 - 71565
☎ (030) 227 - 76165
✉ cornelia.behm@bundestag.deWahlkreis-Büro
Olaf Goldschmidt, Nils Haber
Jägerstr. 18, 14467 Potsdam
☎ (03 31) 887 10 56
☎ (03 31) 887 10 55
✉ cornelia.behm@wkt.bundestag.de

Berlin, 11. September 2009

Sehr geehrter Herr Feilcke, sehr geehrter Herr Faber, sehr geehrte Deutsch-Israelische Gesellschaft,

vielen Dank für die Fragen, die Sie mir im August 2009 mit der Bitte um Beantwortung zugesandt haben.

Ich habe Ihren Fragebogen ausgefüllt und darüber hinaus auch schriftlich auf Ihre Fragen geantwortet. Dies schien mir der geeignete Weg zu sein, unsere grünen Positionen differenziert und in einer der Thematik angemessenen Komplexität darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Cornelia Behm

Bitte senden Sie diesen Fragebogen an

Deutsch-Israelische Gesellschaft
Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam
Auguststraße 80, 10117 Berlin
E-Mail: schalom@digberlin.de
Fax: +4930 28395116

Mein Name Cornelia Behm
Anschrift Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail cornelia.behm@bundestag.de
Telefon (030) 227-71565
Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag für schärfere Sanktionsmaßnahmen gegen die Islamische Republik Iran eintreten?

Ja nein unentschieden

Sollte Deutschland als einer der wichtigsten Handelspartner der Islamischen Republik Iran eine international führende Rolle bei den entsprechenden Sanktionsmaßnahmen übernehmen?

Ja nein unentschieden

Sollte Deutschland die Hermes-Bürgschaften für Geschäfte mit dem Iran aussetzen?

Ja nein unentschieden

Sollte die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hisbollah, die über ihren Fernsehsender Al-Manar antisemitische Propaganda und Völkermordhetze auch in Deutschland verbreitet, verboten werden?

Ja nein unentschieden

Sollte Deutschland zusammen mit anderen Staaten oder gegebenenfalls auch allein dafür eintreten, dass die Islamische Republik Iran wegen Anstachelung zum Völkermord vor der internationalen Gerichtsbarkeit zur Verantwortung gezogen wird?

Ja nein unentschieden

Werden Sie als Mitglied des Deutschen Bundestages auf eine zügige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 4.11.2008 drängen, in dem eine regelmäßige Berichterstattung zur Antisemitismusbekämpfung gefordert wird, die alle Antisemitismuskategorien - rechts, links und in der Mitte der Gesellschaft - einbezieht und dabei auch den „neuen“, israelfeindlichen Antisemitismus berücksichtigt, ebenso den islamischen und arabischen Antisemitismus sowie die Völkermordagitation der Islamischen Republik Iran?

Ja nein unentschieden

**Cornelia Behm**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 5 von 5 Seiten des Schreibens vom 11. September 2009

Werden Sie als Mitglied des Deutschen Bundestags auf eine zügige Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom 4.11.2008 drängen, in dem eine regelmäßige Berichterstattung zur Antisemitismusbekämpfung gefordert wird, die alle Antisemitismusformen – rechts, links und in der Mitte der Gesellschaft – einbezieht und dabei auch den „neuen“, israelfeindlichen Antisemitismus berücksichtigt, ebenso den islamischen und arabischen Antisemitismus sowie die Völkermordagitation der Islamischen Republik Iran?

Bündnis 90/ Die Grünen haben sich für die Verabschiedung des Antrags „Den Kampf gegen Antisemitismus verstärken, jüdisches Leben in Deutschland weiter fördern“ (Bundestags-Drucksache 16/10776) mit den zitierten Definitionen eingesetzt, diese mit gestaltet und arbeiten für die Umsetzung der Inhalte des Antrags. Das gilt für die Bekämpfung des Antisemitismus mit islamistischer Motivation ebenso wie für alle anderen Formen des Antisemitismus.



Cornelia Behm
Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 5 Seiten des Schreibens vom 11. September 2009

Antworten von Cornelia Behm auf die Fragen der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Arbeitsgemeinschaft Berlin und Potsdam

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl in den Deutschen Bundestag für schärfere Sanktionsmaßnahmen gegen die Islamische Republik Iran eintreten?

In insgesamt vier UN-Resolutionen wurden zwischen 2006 und 2008 v.a. Sanktionen gegen den iranischen Nuklearsektor erlassen. Bündnis90/Die Grünen unterstützen alle multilateral abgestimmten Maßnahmen, die effektiv geeignet sind, das iranische Atomprogramm einzuschränken oder zu verlangsamen, solange Iran die internationalen Zweifel hinsichtlich einer militärischen Nutzung nicht beseitigen kann.

Die Wirksamkeit von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran ist umstritten. Tatsache ist, dass 30 Jahre harter US-Sanktionen seitens der USA den Iran zu keiner Umkehr bewegen konnten. Auch der massive Druck und das Ziel des „Regime Change“ der Regierung unter George W. Bush waren kontraproduktiv und haben zu einer Festigung der Macht der Hardliner geführt. Das Atomprogramm wurde nicht verlangsamt, sondern unter Ahmadinedschad massiv vorangetrieben. Gerade die Hardliner um Ahmadinedschad beuten Sanktionen erfolgreich propagandistisch aus. Das Atomprogramm gilt in Iran als nationales Projekt.

Wenn Sanktionen die iranische Bevölkerung treffen, drohen sie kontraproduktiv zu wirken. Es ist zu befürchten, dass Wirtschaftssanktionen und ein Isolationskurs die iranische Führung zusätzlich antreiben, vollendete Tatsachen zu schaffen und sein Atomprogramm zu beschleunigen. Ein Abbruch der Zusammenarbeit im Rahmen des NVV, die derzeit noch mit der Anwesenheit von Kontrolleuren der IAEO funktioniert, wäre gefährlich, da jegliche Transparenz im Atomprogramm verloren ginge. Bisherige Sanktionen – in erster Linie Finanzsanktionen – wurden von der iranischen Führung zudem erfolgreich umgangen.

Uns Grünen liegt es fern, Geschäftsinteressen über wichtige politische oder menschenrechtliche Forderungen zu stellen. Ausschlaggebend für die Iranpolitik muss die Wirksamkeit der Instrumente und die Aussichten auf den Erfolg sein – also die Verhinderung einer iranischen Atombombe, die eine Bedrohung für Israel und die Region wäre, sowie das Ziel einer verbesserten Menschenrechtslage im Iran, gerade im Hinblick auf die aktuellen Proteste nach den Wahlen vom 12. Juni und die gewaltsame Unterdrückung durch das Regime. Wir sind solidarisch mit den Menschen im Iran, die sich dort friedlich und mit viel Mut für mehr Freiheit und ihre Rechte einsetzen.

Wirtschaftssanktionen haben diese Ziele bisher nicht erreichen können, und die Erfahrungen in vergleichbaren internationalen Konstellationen sind wenig vielversprechend (oder hatten,



Cornelia Behm

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 5 Seiten des Schreibens vom 11. September 2009

wie im Falle Iraks, katastrophale Folgen). Deshalb hat sich Präsident Obama für einen Strategiewechsel gegenüber Iran entschieden und strebt direkte Gespräche an. Wir meinen, dass diese Chance zur Verhinderung der iranischen Atombombe grundsätzlich genutzt werden muss, denn nach Schätzungen vieler Experten könnte der Iran schon in kurzer Zeitspanne über militärische nukleare Fähigkeiten verfügen.

Sollte Deutschland als einer der wichtigsten Handelspartner der Islamischen Republik Iran eine international führende Rolle bei den entsprechenden Sanktionsmaßnahmen übernehmen?

Wir sind der Meinung, dass Sanktionen – sowohl die bisherigen, als auch zukünftige Maßnahmen – unbedingt eine europäische, vor allem aber internationale Geschlossenheit voraussetzen. Auch und gerade mit Blick auf die aktuellen Proteste: Alleingänge in der Sanktionspolitik schaden dem Versuch, Teheran von einer Abkehr einer konfrontativen Politik zu überzeugen. Sie bieten Iran eine Steilvorlage für die Spaltung der internationalen Gemeinschaft. Wir setzen uns für eine enge transatlantische Abstimmung beim Thema, aber für auch eine Einbeziehung Russlands und Chinas ein.

Sollte Deutschland die Hermes-Bürgschaften für Geschäfte mit dem Iran aussetzen?

Wie bereits ausgeführt, hängt dies von der weiteren Entwicklung in den Iranverhandlungen ab. Sollte der Iran dauerhaft – also auch nach den Wahlen im Juni 2009 – Verhandlungen mit den 3+2 ablehnen und sein Atomprogramm beschleunigen, wird es zu Diskussionen über neue Sanktionen kommen. Über diese muss im Rahmen einer gemeinsamen Strategie der 3+3 entschieden werden. Wir treten dafür ein, dass Deutschland multilateral im Rahmen der Vereinten Nationen beschlossene Sanktionen umsetzt.

Sollte die vom Iran unterstützte Terrororganisation Hisbollah, die über ihren Fernsehsender Al-Manar antisemitische Propaganda und Völkermordhetze auch in Deutschland verbreitet, verboten werden?

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen grundsätzlich ein Verbot von Terrororganisationen, die gegen Israel kämpfen, ihre Ziele mit Gewalt gegen Zivilistinnen und Zivilisten durchsetzen und in Deutschland und Europa terroristische Aktivitäten betreiben.

Diese Verbote müssen auf EU-Ebene transparent und nach einer umfassenden und nachvollziehbaren Bewertung der Organisationen getroffen werden und die Möglichkeit zum Widerspruch einräumen. Die derzeitige Intransparenz der EU-„Terrorliste“, die von den europä-

**Cornelia Behm**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 4 von 5 Seiten des Schreibens vom 11. September 2009

ischen Regierungen erstellt wird, hat dazu geführt, dass 2008 nach Gerichtsentscheiden die undemokratische und in vielen Staaten propagandistisch vorgehende Organisation der iranischen Volksmudschaheddin von der Terrorliste gestrichen werden musste.

Es muss im Einzelfall entschieden werden, wo innerhalb der EU ein Verbot aus Sicht der Bekämpfung des Terrorismus richtig ist, ohne den politischen Spielraum der EU als außen- und friedenspolitischer Akteur zu beschneiden. Die Hisbollah z.B. hat einen militärischen Arm, ist seit 2008 aber auch Mitglied der libanesischen Regierung und hat an den Parlamentswahlen im Juni 2009 teilgenommen. Ihre Niederlage im demokratischen Prozess hat sie akzeptiert. Als Partei und Teil der Regierung wird die Hisbollah von der EU als Gesprächspartner einbezogen, um Fortschritte bei der Suche nach einer friedlichen Einigung im Libanon und der Region zu unterstützen. Um ein Verbot der Hisbollah durchzusetzen wäre innerhalb der EU eine einstimmige Entscheidung notwendig. Großbritannien hat 2008 den militärischen Arm der Hisbollah national verboten, sich 2009 aufgrund der politischen Beteiligung der Hisbollah aber entschieden, Kontakte im Libanon aufzunehmen.

Für ein Verbot in Deutschland prüft der Verfassungsschutz, inwieweit Aktivitäten im Sinne terroristischer Vereinigungen vorliegen. Im Verfassungsschutzbericht 2007 heißt es, dass sich Anhänger von Hamas und Hisbollah in Deutschland „mit öffentlichen Aktivitäten jedoch weiterhin zurückhielten“ (S. 184). Die Hisbollah tritt dennoch gelegentlich mit Gewalt verherrlichenden Demonstrationen in der Öffentlichkeit auf, so z.B. beim jährlichen „al-Quds-Tag“. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen zivilgesellschaftliche Aktivitäten, die diesen Zielen entgegengetreten. Über ein Verbot muss anhand konkreter Aktivitäten und Beweismitteln gegen die Hisbollah und andere Organisationen entschieden werden.

Sollte Deutschland zusammen mit anderen Staaten oder gegebenenfalls auch allein dafür eintreten, dass die Islamische Republik Iran wegen Anstachelung zum Völkermord vor der internationalen Gerichtsbarkeit zur Verantwortung gezogen wird?

Es war in der Vergangenheit der iranische Präsident Ahmadinedschad, der immer wieder hetzerische Aufrufe gegen Israel und massive Drohungen mit der „Auslöschung“ Israels ausgesprochen hat. Deshalb sollte Deutschland mit Kräften im Iran jene Menschen unterstützen, die sich derzeit mit viel Mut und Engagement für eine moderatere und gesprächsbereite Politik im Iran einsetzen.